

**Landgericht Cochem
Ravenstraße 39
56812 Cochem**

Re: 2010 Js 60864/18

**JOHN MICHEAL LA FORGE
740A Round Lake Rd.
Luck, Wisconsin USA 54853**

31. Mai 2021

Zeugenaussagen und Beweise

An das Gericht:

Mein Name ist John La Forge. Ich bin 65 Jahre alt, bin US-Bürger und arbeite seit 1979 in der Friedens- und Anti-Atombewegung. Seit 1992 bin ich bei der Friedensorganisation The Progressive Foundation in den USA als Forscher, Redakteur des "Nukewatch Quarterly" und Co-Direktor der Stiftung beschäftigt. In meiner ersten Anstellung für Nukewatch reiste ich über einen Zeitraum von drei Monaten etwa 30.000 Meilen, um alle 1.000 landgestützten Standorte für Interkontinentalraketen (ICBMs) aufzusuchen, die es damals in den Vereinigten Staaten gab. Die Recherche war für das Nukewatch-Buch "Nuclear Heartland", das den ersten öffentlichen Atlas enthielt, der die genauen Standorte der riesigen ICBMs auflistete.

Ich möchte dem Gericht als Beweismittel präsentieren und vorlegen 1) meine persönliche Aussage; 2) eine formelle Erklärung der US-amerikanischen Völkerrechtsexpertin Anabel Dwyer; 3) das Positionspapier des pensionierten deutschen Richters Bernd Hahnfeld über die Illegalität der "nuklearen Teilhabe", 4) Anabel Dwyers Erklärung zur Unterstützung von Bernd Hahnfelds Papier; 5) der schriftliche "Appell an das Personal des Fliegerhorstes Büchel" vom 15. Juli 2018; 6) eine Abschrift der Urteilsbegründung des Bundesbezirksrichters Miles Lord aus Minnesota in der Sache U.S. v. LaForge und Katt (cr. 4-84-66, 8. November 1984); und 7) ein in meinem Namen geschriebener Brief des pensionierten deutschen Richters Ulf Panzer.

Am 15. Juli 2018 war ich unter den Menschen von fünf kleinen Gruppen, die die Basis betraten. Ich trug meinen „Appell an das Personal des Fliegerhorstes Büchel“ bei mir, in dem es um deutsche und internationale Gesetze geht, gegen die die Arbeit auf dem Atomwaffenstützpunkt verstößt. Achtzehn von uns betraten am Sonntag bei Tageslicht die Basis an fünf Stellen und liefen dann ungehindert von der militärischen Sicherheit im Inneren der Basis herum. Nachdem wir von einigen Soldaten festgenommen worden waren, wurde ihnen unsere Erklärung vorgelesen, und sie nahmen eine Kopie und sagten, sie würden sie an ihre Vorgesetzten weitergeben.

Am 6. August 2018, nachdem wir den Stützpunkt betreten hatten, durch einige Wälder gelaufen waren und eine Straße im Stützpunkt überquert hatten, machte ich Fotos und zu zweit kletterten wir auf einen Atomwaffenbunker (geschützter Flugzeugbunker). Wir ruhten uns aus und beobachteten von dort aus über eine Stunde lang. Als wir herunterkletterten, schrieben wir auf die Stahltür des

Atomwaffenbunkers (geschützter Flugzeugbunker) nahe des Ortes, an dem wir festgehalten wurden. Wir schrieben "B61 = Selbstmord" und "Alle Atomwaffen abrüsten: unmoralisch, illegal". Dieses Schreiben blieb im Strafbefehl unerwähnt.

Fehler im Strafbefehl

Der "Strafbefehl" in diesem Fall (2018 Js 60864/18), unterzeichnet von Richter Neuerburg, Amtsgericht Cochem, enthält mehrere sachliche Fehler, die ich zu korrigieren wünsche.

Zur Demonstration am 15. Juli 2018: Im Strafbefehl heißt es: "Wie bereits zuvor beschlossen, haben Sie das zu diesem Zweck mitgebrachte Werkzeug benutzt, um den Zaun, der das Militärgelände umgibt, an fünf verschiedenen Stellen aufzuschneiden und zu beschädigen. Wie bereits beschlossen, haben Sie eine Stelle des aufgeschnittenen Zaunes mit Farbspray markiert, um anderen Demonstranten anzuzeigen, dass es sich um einen Eingang handelt."

Ich habe den Zaun nicht "an fünf verschiedenen Stellen" aufgeschnitten und beschädigt. Außerdem habe ich entgegen dem Strafbefehl nicht "eine Stelle der durchtrennten Zäune mit Farbspray markiert, um anderen Demonstranten anzuzeigen, dass dies ein Eingang sei." Ich habe überhaupt kein Farbspray verwendet.

Im Strafbefehl heißt es zum 6. August 2018: "Unter Überwindung der Absperrungen sind Sie trotz des Flugverkehrs in das Gelände bis zur Startbahn des Luftverteidigungsgeschwaders 33 eingedrungen." Die Behauptung ist sachlich unwahr, da ich nicht "bis zur Startbahn" eingedrungen bin, sondern hunderte Meter von der Startbahn entfernt in der Nähe eines der geschützten Flugzeugunterstände festgehalten wurde. Ich war nie auf oder in der Nähe der Landebahn und hatte auch nie die Absicht, dorthin zu gehen.

Affirmative Verteidigung der Verbrechensverhütung

Die Beamten des Gerichts hier haben viele Jahre Erfahrung in der Auslegung und Durchsetzung des Gesetzes, und davor Jahre des akademischen Studiums. Meine Erfahrung ist nicht so unterschiedlich. Zwischen 1980 und 2006 saß ich insgesamt viereinhalb Jahre in Gefängnis, weil ich friedlich gegen die illegale Planung von Angriffen mit Atomwaffen durch die USA und gegen deren rechtswidrige Unterweisung von Soldaten in Foltermethoden protestiert hatte. Diese langen Monate der Inhaftierung gaben mir Zeit, Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht zu studieren und die großen Praktiker des gewaltlosen Widerstands zu lesen.

In einem Fall aus dem Jahr 1984, als meine Partnerin und ich angeklagt wurden, 36.000 Dollar Schaden an einem Prototyp von Raketensteuerungscomputern angerichtet zu haben, um nukleare Angriffe von U-Booten der U.S. Trident ballistischen Raketen aus durchzuführen, präsentierten wir eine ähnliche Verteidigung wie hier heute. Wir wurden von den Geschworenen für schuldig befunden, aber bei der Urteilsverkündung erklärte der leitende US-Bundesbezirksrichter Miles Lord: "Sie haben ein plausibles Argument vorgebracht, dass das Völkerrecht das verbietet, was unser Land durch die Herstellung von Massenvernichtungswaffen tut." [1] Wir wurden zu sechs Monaten unbeaufsichtigter Bewährung verurteilt, und wir mussten nicht ins Gefängnis. (Richter Lords Bemerkungen zur Verurteilung wurden für das Protokoll eingereicht.) Diese Aussage eines Bundesrichters war eine maßgebliche Bestätigung unserer Verteidigung. Ich habe das gleiche Argument in den letzten 37

Jahren vorgebracht, und in vielen Fällen in den USA, Großbritannien und anderswo hat es dazu geführt, dass Nicht-Schuldig-Urteile gefällt wurden.

In einem Fall aus dem Jahr 2004 wurden drei Freunde und ich wegen Hausfriedensbruchs für nicht schuldig befunden, eine Anklage wie diese hier. Wir argumentierten, dass das internationale Recht uns das Recht gab, zu verlangen, den Hersteller der radiologischen Waffen, die "abgereichertes Uran"-Munition genannt werden, zu sehen. Wir argumentierten, dass das internationale Recht die Herstellung von giftigen Massenvernichtungswaffen verbietet und dem Gesetz über Hausfriedensbruch übergeordnet ist. Die Jury stimmte zu, dass unsere Aktion unter normalen Bedingungen zwar ein Hausfriedensbruch war; unser Eingreifen, um die angeblichen Völkerrechtsverletzungen des Unternehmens zu stoppen, war jedoch zulässig. Im Jahr 2017 hat die Verabschiedung des Vertrags über das Verbot von Atomwaffen meine Position bezüglich der Illegalität von Atomwaffen autoritativ bestätigt und positiv bestärkt.

Durch meine Erfahrung mit solchen Prozessen bin ich mit den Warnungen der Richter und Staatsanwälte über die Notwendigkeit des Schutzes von Eigentumsrechten vertraut. Ich bin daran gewöhnt, zu hören, dass meine Aussage zur Verteidigung nicht relevant und eine Verschwendung wertvoller Zeit sei. Diese gewitzten Vorträge sollen die Beobachter ablenken und der Öffentlichkeit das Fell über die Ohren ziehen. Diese Vorträge verleiten manche Leute dazu, die öffentlichen Proteste gegen Atomwaffen für chaotische Stunts oder bloßen Vandalismus zu halten. Im Gegenteil, meine Aktionen am 15. Juli und 6. August waren Demonstrationen des Respekts und des Gehorsams gegenüber den höchsten Gesetzen des Landes, und meine Hoffnung ist es, die ungesetzlichen Pläne der Regierung aufzudecken und dabei zu helfen, die vorsätzliche, völkermörderische, atomare Gewalt mit ihren Atomwaffen zu beenden -- Waffen, die den schlimmsten Sachschaden und internationalen Hausfriedensbruch in der ganzen Geschichte begangen haben und die töten, ohne gezündet zu werden, indem sie Menschen zum Verhungern zwingen.

Oft wurden meine Beweise als "irrelevant" bezeichnet, aber ich habe gelernt, dass das, was in diesen politischen Gerichtsverfahren wirklich irrelevant ist, die Beweise für Hausfriedensbruch und Beschädigung von Zäunen sind. Es ist irrelevant, weil die meisten Fakten nicht bestritten werden. Am 15. Juli betrat ich die Basis, um dem dortigen Personal einen schriftlichen Appell zu überbringen; und am

Hiroshima-Tag 2018 Ich bin hineingegangen, um das Gelände nach Beweisen für kriminelle Verstöße gegen internationales Vertragsrecht, die von den Vereinigten Staaten und Deutschland begangen wurden, zu untersuchen und darauf aufmerksam zu machen.

Der Beweis, der in diesem Fall relevant ist, ist, ob ich "illegal" in militärisches Gelände eingedrungen bin oder nicht. Es ist die Last der Staatsanwaltschaft zu beweisen, dass ich "illegal" eingedrungen bin. Und meine Aufgabe ist es, zu zeigen, dass mein Eindringen nicht illegal war, sondern ein vernünftiger Eingriff, der zu einem rechtmäßigen Zweck unternommen wurde, um Verbrechen der NATO, der USA und Deutschlands zu stoppen.

Bei der Beurteilung von Schuld oder Unschuld in Strafsachen erkennen alle zivilisierten Gerichte mildernde Umstände oder bestätigende Verteidigungen an, die eine vernünftige Entschuldigung oder Erklärung liefern und den Angeklagten von seiner Schuld befreien. Zu diesen Verteidigungsgründen

gehören Selbstverteidigung, Verteidigung anderer, Verteidigung von Eigentum, Zwang, Nötigung, Notwendigkeit, Wahl des Übels, Verbrechensverhütung, Verhinderung einer öffentlichen Katastrophe, völkerrechtliches Privileg, Rechtsirrtum, usw.

Die gegen mich erhobenen Vorwürfe wegen geringfügiger Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch sind unbedeutend und trivial, wenn man sie mit der routinemäßig laufenden kriminellen Verschwörung zur Begehung von Massakern mit Atomwaffen vergleicht, die auf dem Fliegerhorst Büchel regelmäßig praktiziert wird. Ein Feuerwehrmann, der in ein brennendes Gebäude eilt, um jemanden darin zu retten, wird nicht wegen "Sachbeschädigung" angeklagt, wenn eine Tür oder ein Fenster eingeschlagen wird. Die "Sachbeschädigung" des Feuerwehrmannes ist entschuldigt wegen des höheren Gutes, Schaden verhindern oder vermeiden zu wollen. Wenn vernünftige Personen in einem solchen Fall die "konkurrierenden Schäden" der Sachbeschädigung auf der einen Seite und der Verletzung einer Person oder des Verlusts von Leben auf der anderen Seite abwägen, ist der Schaden an der Tür offensichtlich der geringere Schaden.

Aber was ist mit einem Feuer, das noch nicht brennt, aber geplant, geprobt, beabsichtigt und gelegt wird, um es zu entzünden? Und was ist, wenn es sich bei der vorsätzlichen Brandstiftung um das Abbrennen einer Stadt mit 10 Millionen Einwohnern handelt -- oder um das Abbrennen von 20 Städten, jeweils eine für die 20 auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel bewaffneten und geladenen thermonuklearen B61-Bomben der USA?

Natürlich konnte ich nicht erwarten, dass meine einfachen Aktionen mit meinen Kollegen die ungesetzlichen Drohungen mit und Übungen für Atomangriffe auf dem Luftwaffenstützpunkt sofort stoppen würden. Das war eine unwahrscheinliche Idee. Ich hoffte, dass unsere Aktionen die Öffentlichkeit und das Personal des Fliegerhorstes Büchel über die Unrechtmäßigkeit der Atomangriffsübungen aufklären und eines Tages zu deren Einstellung führen würden. Der Richter des Superior Court des Staates Pennsylvania, J. Spaeth, machte diesen Punkt in der Stellungnahme zum Fall Commonwealth v. Berrigan aus dem Jahr 1985:

"... [Die Beklagten] glaubten, dass ihre Aktion in Kombination mit den Aktionen anderer einen politischen Prozess beschleunigen könnte, der letztendlich zur Aufgabe von Atomraketen führt. Und dieser Glaube, so behaupte ich, sollte nicht als 'unvernünftig im Sinne des Gesetzes' abgetan werden. Aber das muss eine Jury entscheiden, nicht ein Gericht." [2]

Vertragsgesetze verbieten die Planung wahlloser Zerstörung

Die Vereinigten Staaten, die ihre Atomwaffen auf dem NATO-Luftwaffenstützpunkt Büchel stationieren, [3] waren maßgeblich an der Gründung der Charta des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg von 1945 beteiligt und sind Vertragspartei dieser Charta. Das Nürnberger Tribunal stellte fest, dass es eine individuelle Verantwortung von Privatpersonen nach den Grundsätzen des Völkerrechts gibt. Dieses Prinzip wurde in den Pantheon des Völkerrechts aufgenommen.

Der bedeutende Völkerrechtler Professor Francis A. Boyle schreibt: "[D]ie Nürnberger Prinzipien werden allgemein als maßgebliche Erklärung der Regeln des Völkergewohnheitsrechts angesehen, die die individuelle strafrechtliche Verantwortung für Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen festlegen." [4]

Um eine Wiederholung der monumentalen Schrecken der Nazi-Zeit zu verhindern, wurde das Kriegsvölkerrecht in Nürnberg vehement verschärft. Seit der Aufstellung der Nürnberger Charta und Grundsätze verbietet das Völkerrecht die "Planung" oder "Vorbereitung" eines "Krieges, der gegen internationale Verträge, Vereinbarungen oder Zusicherungen verstößt", einschließlich der durch Atomwaffenangriffe verursachten Massaker.[5] Von da an (1945) war nicht nur die Begehung von wahllosen Zerstörungen rechtswidrig. Seitdem ist die Planung von Massenvernichtung eine kriminelle Verschwörung vor der Tat.

Die Position der Vereinigten Staaten in Nürnberg war, dass Personen, die an der Planung eines Krieges "unter Verletzung internationaler Verträge" teilnahmen, Kriegsverbrechen vor der Tat begingen. Dieses Argument wurde von Richter Robert Jackson, Chefankläger der Vereinigten Staaten in Nürnberg: "Der von den USA vorgetragene Fall wird sich mit den Köpfen und der Autorität hinter allen Verbrechen befassen... Wir wollen die Planer und Konstrukteure, die Anstifter und Führer erreichen..."[6]

Um den Richter des U.S. Supreme Court, Jackson, im Zusammenhang mit den heutigen weltbewegenden Atomwaffenarsenalen zu paraphrasieren: "Einen Angriff mit Atomwaffen durchzuführen, ist nicht nur ein internationales Verbrechen, es wäre das höchste internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass es in sich selbst das akkumulierte Übel des Ganzen enthält."

Deutschland und die Vereinigten Staaten sind Vertragsparteien der Charta der Vereinten Nationen, die als Vertrag verabschiedet wurde. Nach Artikel 93 der Charta der Vereinten Nationen sind alle Mitgliedsstaaten Vertragsparteien des Statuts des Internationalen Gerichtshofs (IGH), das ebenfalls als Vertrag angenommen wurde. Für das Statut des IGH gelten daher die Vorrangklauseln der Verfassung der Vereinigten Staaten (Art. VI) und des deutschen Grundgesetzes (Art. 25).

Der IGH ist das wichtigste Rechtsorgan der Vereinten Nationen, und Artikel 38 des Statuts des IGH wird als das maßgebliche Verzeichnis der Quellen des Völkerrechts verstanden. Grundlegend für meine Verteidigung ist, dass die Nürnberger Charta in Artikel 38 der Satzung des IGH als Völkerrecht anerkannt wird.[7]

Prof. Boyle schreibt: "In seinem Gutachten vom Juli 1996 entschied der Internationale Gerichtshof in Paragraph 105(2)(C) einstimmig, dass: 'Eine Androhung oder Anwendung von Gewalt mit Hilfe von Atomwaffen, die gegen Artikel 2, Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen verstößt und die nicht alle Anforderungen des Artikels 51 erfüllt, ist rechtswidrig.' Aus der Lektüre des Gutachtens des Weltgerichtshofs geht klar hervor, dass jede gegenwärtig in Erwägung gezogene Androhung oder Anwendung von Atomwaffen durch die Regierung der Vereinigten Staaten nach dem humanitären Völkerrecht rechtswidrig und daher, wie ich hinzufügen würde, kriminell ist."[8]

Deutschland und die Vereinigten Staaten sind beide Vertragsparteien aller wichtigen internationalen Kriegsgesetze. Zusammengenommen bieten diese Verträge den Bürgern ein rechtmäßiges Privileg, friedlich und vernünftig das Verhalten der Regierung, das im Verdacht steht, diese grundlegenden Regeln zu verletzen, zu inspizieren, zu untersuchen, zu unterbrechen oder zu stören. Ich behaupte, dass ich in diesem Fall eine positive Verteidigung des Privilegs nach internationalem Recht, den für die

Regierung Deutschlands nach dem Grundgesetz bindenden Verträgen und der für die US-Regierung nach der Verfassung der Vereinigten Staaten bindenden Verträge habe.

Positive Verteidigung des völkerrechtlichen Privilegs

Der Fliegerhorst Büchel mit seinen US-Wasserstoffbomben schafft eine völkerrechtswidrige Drohung mit Massenvernichtung. Die Rechtswidrigkeit der Androhung nuklearer Massenvernichtung wurde 1985 im Jarka-Fall von Atomwaffengegnern im US-Bundesstaat Illinois von Richter Alphonse F. Witt erklärt. Richter Witt belehrte die Geschworenen mit den Worten: "Der Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen ist ein Kriegsverbrechen oder ein versuchtes Kriegsverbrechen, weil ein solcher Einsatz das Völkerrecht verletzen würde, indem er unnötiges Leid verursacht, nicht zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten unterscheidet und seine Ziele durch Strahlung vergiftet." [9] Die Angeklagten wurden für nicht schuldig befunden.

Deutsche Gerichte haben entschieden, dass es "geeignete, angemessene Mittel zur Gefahrenabwehr" [10] - alternativ zum Verstoß gegen das Hausfriedensbruchgesetz - gibt. Doch die oft vorgeschlagenen alternativen Mittel wie Reden auf öffentlichen Straßen, in Parks, in Hörsälen, die Weitergabe von Informationen an die Nachrichtenmedien, Lobbyarbeit bei Regierungsvertretern durch Briefe, Petitionen und dergleichen, die von mir und Millionen anderer seit Jahrzehnten praktiziert werden, erweisen sich in Bezug auf Atomwaffen als naiv.

Zum Beispiel meine Erfahrung, dass nach vier Jahrzehnten öffentlichen Eintretens für die Abschaffung von Atomwaffen und trotz überwältigender öffentlicher Unterstützung für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland -- einschließlich der parteiübergreifenden Resolution des deutschen Bundestages vom 26. März 2010, in der die Regierung aufgefordert wird, innerhalb der NATO über den Abzug der Waffen zu verhandeln -- keine Fortschritte gemacht wurden. Tatsächlich sind jetzt kostspielige Pläne im Gange, das Mandat von 2010 zu zerreißen und statt die Bomben zu verdrängen, die bestehenden US-Atomwaffen B61 in Deutschland durch brandneue H-Bomben, bekannt als B61-12, zu ersetzen, und zwar schon ab dem Jahr 2024. Es scheint, dass die "geeigneten, angemessenen" Mittel für nichtig erklärt wurden, wenn sie nicht eine List waren.

Zusätzlich wurde die nukleare Gesetzlosigkeit durch die Verletzung der Nichtumgehungsklausel von Artikel 12 des SALT-II-Vertrages durch die US-Regierung durch die Stationierung von Pershing-II- und Cruise-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren bewiesen. Beispiele für internationale Verbrechen der USA in jüngster Zeit sind die Bombardierung und Invasion des Iraks im Jahr 2003, die ohne Ermächtigung des UN-Sicherheitsrats durchgeführt wurde, die Anwendung von Folter gegen entführte Verdächtige auf der ganzen Welt und die schockierende Ermordung des iranischen Generalmajors Qasem Soleimani, fünf irakischer Staatsangehöriger und vier weiterer iranischer Staatsangehöriger durch eine Drohne -- all diese Aktionen wurden unter eklatanter Missachtung der Charta der Vereinten Nationen und der Genfer Konventionen durchgeführt.

Angesichts so vieler Beweise für völkerrechtswidrige Handlungen der Vereinigten Staaten halte ich es für vernünftig, geeignet und angemessen, gewaltfrei zu versuchen, die gemeinsamen deutsch-amerikanischen Operationen auf dem NATO-Luftwaffenstützpunkt Büchel zu inspizieren, zu unterbrechen und Alarm zu schlagen, bevor die illegalen nuklearen Angriffsvorbereitungen eine ähnliche Wendung nehmen.

Deutsche Gerichte haben entschieden, dass die routinemäßige Planung und das Training für nukleare Angriffe unter Verwendung von US-Atomwaffen auf dem NATO-Luftwaffenstützpunkt Büchel keine "hinreichend konkrete Gefahr" und eine "lediglich abstrakte Möglichkeit" darstellt und daher nicht dringend genug ist, um ein ziviles Eingreifen meinerseits zu erfordern.[11] Ich glaube, dass diese Position eine vorsätzliche Verleugnung der heutigen "Start bei Warnung"-Atomwaffen-Angriffspolitik und -Pläne ist, einschließlich der "Erstschlag"- oder "Gegenschlag"- Angriffspläne, die Hunderte von Beinahe-Atomangriffen durch Unfall, Fehlkalkulationen und Fehler verursacht haben. Ich bitte das Gericht, einen Bericht in der New York Times vom 10. Oktober 1981, S. A10, Spalte 1, zur Kenntnis zu nehmen, in dem berichtet wird, dass während eines Zeitraums von 18 Monaten das U.S. North American Aerospace Defense Command 151 Fehlalarme erlebte, von denen vier so schwerwiegend waren, dass die Besatzungen der U.S. B-52-Bomber und der Inter-Continental Ballistic Missiles in Alarmbereitschaft versetzt wurden.

Die Frage nach einer "konkreten Gefahr" war Teil des bereits erwähnten Prozesses von 1984, bei dem ich wegen der Beschädigung von Computern angeklagt wurde, weil ich von Trident-U-Booten abgefeuerte, atomar bewaffnete Raketen gesteuert hatte. Als der Staatsanwalt sagte, ich könne nicht beweisen, dass die Gefahr eines Atomkrieges "unmittelbar bevorstehe", unterbrach ihn der vorsitzende Richter mitten im Satz. Senior U.S. Federal District Court Richter Miles Lord schrie fast von der Bank: "Er muss nicht beweisen, 'Unmittelbarkeit'. Wir könnten alle jede Minute gehen."[12]

Darüber hinaus hat die Zeitschrift *Bulletin of the Atomic Scientists* ihre berühmte "Doomsday Clock" öffentlich auf "100 Sekunden vor Mitternacht" gestellt und bezeichnet die Gefahr als so groß wie seit 1947 nicht mehr.[13] Die Uhr ist die beste Einschätzung der internationalen wissenschaftlichen Gruppe für das aktuelle Risiko eines Ausbruchs von Atomangriffen.

Die Position des Gerichts, dass das Risiko nuklearer Angriffe "rein abstrakt" und nicht "hinreichend konkret" sei, ist meiner Meinung nach eine schockierende und gefährliche Fehleinschätzung der Tatsachen. Dies lässt eine leichtfertige und desinteressierte Denkweise gegenüber der Realität von Atomwaffen durchblicken. Es ist der Grund, warum Albert Einstein alle warnte: "Die entfesselte Macht des Atoms hat alles verändert, außer unserer Denkweise, und so treiben wir auf eine beispiellose Katastrophe zu."[14]

Ziviler Widerstand oder gewaltfreie Störung des NATO-Luftwaffenstützpunktes Büchel ist kein rechtswidriges Vergehen, sondern ein Akt der Verbrechensverhütung und der öffentlichen Alarmierung. Das internationale Recht und die Gesetze der Vereinigten Staaten und Deutschlands verlangen, dass Bürger sich weigern, kriminelle Regierungsverschwörungen zur Begehung von Kriegsverbrechen zu dulden, daran teilzunehmen oder sie zu ignorieren. Meine aus freien Stücken vorgenommenen Handlungen der Warnung und Kontrolle auf dem NATO-Fliegerhorst Büchel waren eine Bürgerpflicht, eine gesetzliche Verpflichtung und Handlungen der versuchten Verbrechensverhinderung.

Proben und Schulungen für die europäische Massenvernichtung in Büchel

Routinemäßige Vorbereitungen und Proben für Angriffe mit US-Atomwaffen werden regelmäßig von der U.S. Air Force 702nd Munitions Support Squadron und dem 33rd Fighter-Bomber Wing der deutschen Luftwaffe durchgeführt. Es wird oft darüber berichtet. Schlagzeilen vom Oktober 2020 lauteten: "NATO hält geheime Atomkriegsübungen in Deutschland ab"; "Deutsche Luftwaffe trainiert für Atomkrieg als Teil der NATO" und "NATO hält geheime Atomkriegsübungen in Deutschland ab." Von

2017, "NATO-Atomwaffenübung ungewöhnlich offen". Im Jahr 2015, "NATO-Atomwaffenübung Steadfast Noon in Büchel."[15]

Das US-Militär plant und bereitet nukleare Angriffe auch in seiner Defense Nuclear Weapons School [DNWS] des Air Force Nuclear College vor. Eine Zweigschule befindet sich auf der Luftwaffenbasis Ramstein in Deutschland. Andere befinden sich in New Mexico, Florida, Texas, Georgia, Oklahoma und Ohio. Auf der Website des Air Force Nuclear College kann man die Umriss der grässlichen Kursarbeit nachlesen: <https://cs3.eis.af.mil/sites/OO-AQ-MC-95/default.aspx>.[16]

Laut der Website der Schule ist sie "verantwortlich für die Bereitstellung, Aufrechterhaltung und Unterstützung von luftgestützten Nuklearwaffensystemen für unsere Kriegskämpfer ... jeden Tag." "Zu den von der Direktion verwalteten Programmen gehört das B61-12 Life Extension Program." Die B61-12 Wasserstoffbomben sollen auf dem NATO-Luftwaffenstützpunkt Büchel eingesetzt werden und die derzeitigen B61 auf dem Stützpunkt ersetzen. Zwei Kurse der Kernwaffenschule werden auf der Website der Schule beschrieben als:

1) "Theater Nuclear Operation", "... ein 4,5-tägiger Kurs, der Planern, Unterstützungspersonal, Zieldarstellern und Stabsnuklearplanern eine Ausbildung für gemeinsame Operationen und Zielfestlegung bietet. Der Kurs bietet einen Überblick über Kernwaffenkonstruktion, -fähigkeiten und -wirkungen sowie über die US-Nuklearpolitik und die gemeinsame Nukleardoktrin.... Zielsetzungen: ... Verstehen des U.S. nuklearen Planungs- und Ausführungsprozesses ...; Verstehen der Zieleffekte des Einsatzes von Nuklearwaffen ...]"; und

2) "Integrated Munitions Effects Assessment", "...ein fünftägiger Kurs, der den Teilnehmern...die Fähigkeit vermittelt, Zielmodelle zu importieren und zu erstellen, Angriffspläne mit konventionellen oder nuklearen Waffen zu entwickeln und Folgenabschätzungen für MVW-Szenarien durchzuführen....". Die Teilnehmer "werden in der Lage sein, Zielstandorte zu importieren, zu bearbeiten und zu modifizieren ...; probabilistische Angriffe gegen vordefinierte Ziele zu berechnen; [und] Angriffspläne unter Verwendung konventioneller oder nuklearer Waffen zu entwickeln ..."[16b]

Die Übungen von Kampffjets der Luftwaffe für Angriffe mit Atomwaffen, Atomwaffen und die Schulen der Luftwaffe, in denen der Einsatz von Atomwaffen gelehrt wird, sind genau die Planungen und Vorbereitungen, die die Nürnberger Gesetze eigentlich verbieten sollten. Sie verstoßen auch gegen den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) Artikel 1 und 2[17], die Charta der Vereinten Nationen und andere verbindliche internationale Gesetze, die von den Vereinigten Staaten und Deutschland ratifiziert wurden. Verträge sind als oberstes Gesetz des Landes in der U.S.-Verfassung in Art. 6[18], und im deutschen Grundgesetz in Art. 25, Art. 31 und Art. 34.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sagt in Artikel 31: "Bundesrecht geht Landesrecht vor"; Artikel 25 sagt: "Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor und begründen unmittelbar Rechte und Pflichten für die Bewohner des Bundesgebietes." In Artikel 34 heißt es: "Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes seine Amtspflicht gegenüber einem Dritten, so haftet in erster Linie der Staat oder die Körperschaft des öffentlichen Rechts, bei der er beschäftigt ist. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt das Rückgriffsrecht auf den einzelnen Amtsträger erhalten."[19]

Auswirkungen der Waffen im Voraus bekannt

Der Grund, warum die Androhung eines nuklearen Angriffs ungesetzlich ist, liegt darin, dass die Auswirkungen der Detonation einer Wasserstoffbombe wohlbekannt, unvermeidlich und vorsätzliche Massaker sind, die durch unkontrollierbare, wahllose und stadtgroße Explosionszerstörung, grausame Massenbrände und weit verbreitete Strahlungsverbrennungen und strahlenbedingte Krankheiten und genetische Schäden verursacht werden. Die vorsätzliche Planung dieser Auswirkungen ist aufgrund von Verträgen, die für Deutschland und die USA bindend sind, verboten, wie die Erklärung von Anabel Dwyer deutlich macht. Und die offiziellen Atomkriegsplaner der Regierung haben öffentlich dokumentiert, dass ihre Arbeit darin bestand, Massenvernichtung zu planen und anzudrohen.

Die US-Atomkriegsplaner haben den Einsatz ihrer Atomwaffen bei Angriffen auf Osteuropa geplant und vorbereitet, von denen sie wussten, dass sie 600 Millionen Menschen töten würden, so Daniel Ellsberg, der diese Pläne mit entworfen hat.[20] In seinem 2017 erschienenen Buch *The Doomsday Machine: Bekenntnisse eines Atomkriegsplaners*, nennt Ellsberg dies unverblümt: "Hundert Holocausts." [21] Die heutigen nuklearen Drohungen, die gemeinsam von den USA und Deutschland auf dem Fliegerhorst Büchel ausgesprochen werden und als nukleare "Abschreckung" bekannt sind, bewegten Professor Boyle dazu, mir in einer E-Mail am 8. Februar 2021 zu schreiben: "Sagen Sie dem Richter, dass die Atomwaffen in Deutschland eine Verschwörung sind wie Duschköpfe in den Nazi-Todeslagern, die man hundertmal anschalten kann."

Daniel Ellsberg war ein Berater des Verteidigungsministers Robert McNamara und des Weißen Hauses. Ellsberg entwarf die Pläne von Sec. McNamara für einen Atomkrieg. Ellsberg schrieb 2016 über die 1961 geplanten US-Atomangriffe auf Russland, Angriffe, die immer noch auf dem Fliegerhorst Büchel vorbereitet und geprobt werden: "Ich erinnere mich, dass der Plan insgesamt vierzig Megatonnen -- *eine Million Tonnen TNT* -- auf Moskau vorsah, etwa viertausendmal mehr als die Bombe über Hiroshima und vielleicht zwanzig- bis dreißigmal mehr als alle nicht-nuklearen Bomben, die von den Alliierten auf beiden Schauplätzen während der mehr als vier Jahre des Zweiten Weltkriegs abgeworfen wurden." [22]

Diese erschreckende Aussicht war im gesamten Planungsstab der US-Angriffe bekannt. Ellsberg schrieb 2016: "... unsere privaten, streng geheimen Schätzungen waren, dass wir jeden Europäer töten würden, hundert Millionen Europäer, *ohne dass ein einziger amerikanischer oder sowjetischer Sprengkopf auf Westeuropa landen würde.* [Hervorhebung hinzugefügt] Allein durch den Fallout der Angriffe, die wir auf Russland und Osteuropa planten. Hundert Millionen ..." [23] Ellsberg berichtet, dass nach einem geplanten US-Erstschlag "die westeuropäischen Verbündeten in der NATO schnell ausgelöscht werden würden ... durch den nahen Fallout unserer eigenen Nuklearschläge ..." [23->24] Ellsberg fährt fort: "Der Fallout unserer Oberflächenexplosionen in der Sowjetunion, ihren Satelliten ... würde die Bevölkerung ... in allen neutralen Nationen dezimieren, die an diese Länder angrenzen -- Finnland, Schweden, Österreich und Afghanistan zum Beispiel..." [25] Angriffe auf neutrale Nationen sind natürlich in allen Fällen durch die Genfer Konventionen verboten.

Diese Einschätzungen zur selbstmörderischen Massenvernichtung waren in Deutschland an hohen Stellen bekannt. Der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt schlug angesichts dieser Pläne Alarm und rief 1962 aus, dass der Einsatz von US-Atomwaffen "Europa nicht verteidigen, sondern zerstören wird" [26].

Dr. Paul Nitze war zu dieser Zeit Marineminister und später persönlicher Militärberater von Präsident Ronald Reagan. Im Ruhestand schrieb Nitze: "Ich kann mir keine Umstände vorstellen, unter denen es für die Vereinigten Staaten klug wäre, Atomwaffen einzusetzen, auch nicht als Vergeltung für ihren vorherigen Einsatz gegen uns." [27] Selbst Admiral Noel A. Gayler, ehemaliger Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte im Pazifik, sagte: "Es gibt keinen vernünftigen militärischen Einsatz unserer Atomwaffen." [28]

Schlusswort

In den letzten vier Jahrzehnten war ich Teil erfolgreicher ziviler Widerstandsaktionen und Kampagnen zur Abschaffung und Beseitigung von Atomwaffen. Diese Erfolge überzeugen mich von der Weisheit der Meinung des Richters Spaeth vom Pennsylvania Superior Court im Fall *Commonwealth v. Berrigan*, der bereits erwähnte, dass "...ihre Aktion, in Kombination mit den Aktionen anderer, einen politischen Prozess beschleunigen könnte, der letztendlich zur Abschaffung von Atomraketen führt." [29] Und diese Erfolge veranschaulichen die Stärke meines Arguments, dass meine Handlungen am 15. Juli und 6. August 2018 ein vernünftiges und angemessenes Mittel waren, um die laufende kriminelle Verschwörung zum Massenmord, die auf dem Fliegerhorst Büchel stattfand, aufzudecken und zu einem Ende zu bringen.

In dem bereits erwähnten Fall von 1984 hat der oberste US-Bundesbezirksrichter Miles Lord mich und meinen Partner freigelassen, anstatt uns ins Gefängnis zu stecken oder gar eine Geldstrafe zu verhängen. Wie der deutsche Helmut Schmidt vor ihm, war Richter Lord geschockt über nukleare Angriffspläne, die Hunderte von Millionen von Toten verursachen. In öffentlicher Sitzung fragte der Richter: "Warum können wir überhaupt den Gedanken hegen, dass alle Menschen auf einer Seite einer imaginären Linie sterben müssen, und wenn wir so gottlos zynisch sind, diesen Gedanken zuzulassen, haben wir dann die Tatsache bedacht, dass wir bei der Ausführung dieses Dekrets auch sterben werden? ... Wie viele Menschen in dieser Demokratie haben ernsthaft über die Sinnlosigkeit nachgedacht, nationalen Selbstmord zu begehen, um unsere Gegner zu bestrafen?" [30] Richter Lords außergewöhnliche Erklärung wurde weltweit gehört und veröffentlicht; ihr erzieherischer Wert und die Entscheidung des Richters, unsere Abrüstungsüberzeugung nicht zu bestrafen, können als erfolgreiches Ergebnis des zivilen Widerstands gegen den selbstzerstörerischen Atomwahnsinn gesehen werden.

1988 wurde unser Nukewatch-Buch *Nuclear Heartland* veröffentlicht, das der Öffentlichkeit genau zeigte, wo die interkontinentalen ballistischen Waffen der USA platziert waren. Das Buch inspirierte Hunderte von Protesten, Kundgebungen, Märschen und zivilen Widerstandsaktionen, für die Dutzende inhaftiert wurden, einige für viele Jahre. Bis 2015, als ich eine zweite Auflage von *Nuclear Heartland* mit herausgab, war die Gesamtzahl der ICBMs von 1.000 auf 450 reduziert worden.

1990 wurde in den USA ein Kommunikationssystem namens Ground Wave Emergency Network für den Einsatz während und nach einem allgemeinen Atomkrieg entwickelt und gebaut. Das System wurde gestoppt nachdem eine Gruppe von uns für 45 Tage ins Gefängnis geschickt wurde, weil sie einen Teil des Baus in Wisconsin unterbrochen hatte.

1996 war ich Anwaltsgehilfe für Aktivisten, die wegen Sabotage angeklagt waren, weil sie Antennenmasten für einen Einweg-Atomkriegssender der US-Marine in Wisconsin zum Einsturz gebracht hatten. Die Entschärfer wurden der Sabotage für nicht schuldig befunden, nachdem

Sachverständige den Zweck von Atom-U-Booten, die Auswirkungen von Atomangriffen und die Gesetze, die die Planung von Massenvernichtung verbieten, erklärt hatten. Diese Freisprüche überzeugten mich, dass das Gesetz auf meiner Seite ist.

Im Jahr 2000 schaffte das US Marine Corps seine "Scheininvasionen" in öffentlichen Parks ab -- ein Rekrutierungsstunt, von dem die Marine sagte, er richte sich an 9-jährige Kinder -- als fünf von uns für eine Woche ins Gefängnis kamen, weil sie die "Invasion" gestört hatten.

Im Jahr 2004 befanden die Geschworenen des Bezirksgerichts von Minnesota mich und drei andere für nicht schuldig des Hausfriedensbruchs, nachdem wir Beweise vorgelegt hatten, dass internationales Recht, das den Einsatz von Gift verbietet, unsere Weigerung entschuldigte, das Gelände eines Herstellers von Uranmunition, die gegen Zivilisten im Irak eingesetzt wurde, zu verlassen.

Im Jahr 2004 wurde nach einer 15-jährigen, von Nukewatch koordinierten Kampagne des gewaltfreien zivilen Widerstands, bei der über 100 Menschen für insgesamt 11 Jahre ins Gefängnis kamen, die nukleare Erstschlag-Signalantenne der U-Boote der US-Marine mit dem Namen "Projekt ELF" (für extrem niedrige Frequenz) eingestellt.

In den Jahren 2017, 2018 und 2019 half ich, Delegationen von US-Friedensaktivisten nach Deutschland zu organisieren, um an Protesten gegen die US-Atomwaffen in Büchel teilzunehmen, und unsere Bemühungen führten zu Dutzenden von Berichten in den kommerziellen und sozialen Medien, dass die US-H-Bomben immer noch da sind, und veranlassten Bürger und Parlamentarier gleichermaßen, sich für ihre Entfernung einzusetzen.

Am 22. August 2017 sagte der damalige sozialdemokratische Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat Martin Schulz: "Als Kanzler würde ich mich für den Abzug der in Deutschland gelagerten Atomwaffen einsetzen." [31] Am 29. August 2017 sagte der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel während einer Reise in die Vereinigten Staaten, dass er die Forderung von Martin Schulz nach einem Abzug der US-Atomwaffen unterstütze. Bei einem Treffen mit dem damaligen US-Außenminister Rex Tillerson sagte Gabriel: "Ich stimme mit dem Punkt von Herrn Schulz überein, dass wir die Atomwaffen, die in unserem Land sind, loswerden müssen." [32]

Am 2. Mai 2020 sagte Rolf Mützenich, derzeitiger Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, dass die Präsenz von US-Atomwaffen auf deutschem Boden eine Gefahr für die Sicherheit Deutschlands sei und beendet werden sollte. Mützenich sagte dem "Tagesspiegel am Sonntag": "Atomwaffen auf deutschem Boden erhöhen nicht unsere Sicherheit, im Gegenteil." ... "Es ist an der Zeit, dass Deutschland eine zukünftige Stationierung ausschließt." [33] Mützenich verteidigte seine Äußerungen am 7. Mai 2020 und schrieb: "Ich habe mich dafür ausgesprochen, die technische nukleare Teilhabe nicht zu verlängern und die in Büchel gelagerten taktischen US-Atomwaffen nicht durch neue Atomsprengköpfe zu ersetzen. Übrigens haben auch CDU und CSU im Koalitionsvertrag [2010] den Abzug der Atomwaffen gefordert....." [34]

Ich behaupte, dass der Einsatz vernünftiger und gewaltfreier Mittel wie der persönlichen Inspektion, Beobachtung, die Öffentlichkeit warnen und sogar in offensichtliche, laufende Verstöße gegen verbindliche internationale Gesetze (die zur Verhinderung von Massakern erlassen wurden) eingreifen oder sie zu stoppen — selbst auf Kosten von Verstößen gegen geringfügige innerstaatliche Gesetze —

gesetzzestreu und respektvoll gegenüber den innerstaatlichen Gesetzen wie auch den grundlegenden Regeln des humanitären Völkerrechts (d.h. den Haager und Genfer Konventionen) ist. Es war nicht "ungesetzlich" für mich, den Luftwaffenstützpunkt zu betreten, ohne jemanden zu verletzen, denn ich tat dies zu dem völlig legalen Zweck, in laufende Verbrechen der USA, Deutschlands und der NATO einzugreifen und sie schließlich zu stoppen. Ich behaupte, dass Bürger, die sich der Verschwörung der Regierung bewusst werden, den Massenmord an Hunderten von Millionen von Menschen mit Hilfe von Atomwaffen und Feuerstürmen zu begehen, verpflichtet sind, jede gewaltfreie Aktion zu ergreifen, die sie können, um zu helfen, diese Verbrechen zu einem Ende zu bringen.

Jeder, der sich dieser Verbrechen bewusst ist, muss eine mutige Botschaft an die Machtelite in den USA, Deutschland und der NATO senden, auf dass Sie verstehen, dass die einfachen Menschen die kriminelle Planung und Vorbereitung von Massakern mit Atomwaffen durch die Regierung nicht länger tolerieren wollen. *****

Endnoten

[1] Vereinigte Staaten gegen LaForge und Katt, U.S. Federal District Court, District of Minnesota, Vierte Abteilung, cr. 4-84-66, Urteilsverkündung, 8. November 1984.

[2] Richter J. Spaeth, zustimmend, Superior Court of Pennsylvania, Com. of Penn. v. Berrigan, et al, 472 A.2d 1099, 1114-5 (Penn. 1984), No. 1959 Phila. 1981; Berufung gegen das Urteil des Court of Common Pleas of Montgomery County Criminal, No.2647-80, En Banc, S. 900\83-5.

[3] De Morgen [Antwerpen], 16. Juli 2019, <https://www.demorgen.be/nieuws/eindelijk-zwart-op-wit-er-liggen-amerikaanse-kernwapens-in-belgie~b051dc18/>; Hans M. Kristensen & Matt Korda berichten, dass "einige taktische B61 in Europa für die NATO [dual-fähige Flugzeuge] (F-16, PA-200) verfügbar sind. Bis zu 150 B61-3- und -4-Bomben sind in Europa stationiert, von denen etwa 80 für den Einsatz durch NATO-Flugzeuge vorgesehen sind." Die maximale Sprengkraft der B61-3 beträgt 170 kt; die maximale Sprengkraft der B61-4 beträgt 50 kt. Siehe: United States nuclear forces, 2020, Bulletin of the Atomic Scientists, 76:1, 46-60, DOI: 10.1080/00963402.2019; <https://doi.org/10.1080/00963402.2019.1701286>

[4] Prof. Francis A. Boyle, "The Relevance of International Law to the So-Called "Paradox" of Nuclear Deterrence," ACDIS Occasional Paper, Program in Arms Control, Domestic and International Security (ADCIS), University of Illinois at Urbana-Champaign (1984), S. 12.

[5] Charta des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg, das Londoner Abkommen, 8. August 1945, 59 Stat. 1544, E.A.S. Nr. 472, 82 U.N.T.S. Yearbook of the International Law Commission, 1950, Vol. II, para. 97. Grundsatz VI: Die nachstehend aufgeführten Verbrechen sind als Verbrechen nach dem Völkerrecht strafbar: (a) Verbrechen gegen den Frieden: (i) Planung, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges, der gegen internationale Verträge, Vereinbarungen oder Zusicherungen verstößt; (ii) Beteiligung an einem gemeinsamen Plan oder einer Verschwörung zur Durchführung einer der unter (i) aufgeführten Handlungen.

[6] Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärtribunal, II, 104-5, (1948).

[7] Artikel 38 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs sieht vor: [1] Der Gerichtshof, dessen Aufgabe es ist, die ihm unterbreiteten Streitigkeiten nach dem Völkerrecht zu entscheiden, wendet an: die allgemeinen oder besonderen internationalen Übereinkommen, die Regeln aufstellen, die von den streitenden Staaten ausdrücklich anerkannt sind; die internationale Gewohnheit als Beweis für eine allgemeine, als Recht anerkannte Praxis; die allgemeinen, von den zivilisierten Nationen anerkannten Rechtsgrundsätze; vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 59 die gerichtlichen Entscheidungen und die Lehren der qualifiziertesten Publizisten der verschiedenen Nationen als Hilfsmittel bei der Bestimmung der Rechtsregeln. (<https://www.icj-cij.org/en/statute>).

[8] Prof. Francis A. Boyle, Ph.D., *The Criminality of Nuclear Deterrence* (Clarity Press 2002), S. 193, 202.

[9] Richter Witt, *Volk gegen Jarka*, Nr. 002170, Kreisgericht von Lake County, Waukegan, Illinois, 1985].

[10] OLG Koblenz, Beschluss, 09.04.2020, 4 OLG 6 Ss 35-37/20, wo das Gericht feststellte: "Handlungen der Beklagten sind auch kein geeignetes, angemessenes Mittel zur Abwehr einer Gefahr".

[11] Zimmerman, Richter, 5 Ns 2010 Js 60894\18, unter Berufung auf BGH 19, 371.

[12] Vereinigte Staaten gegen LaForge und Katt, U.S. Federal District Court, District of Minnesota, Fourth Division, cr. 4-84-66, Prozessabschrift.

[13] *The Bulletin of the Atomic Scientists*, "Näher denn je: Es ist 100 Sekunden vor Mitternacht -- 2020 Doomsday Clock Statement"; <https://thebulletin.org/doomsday-clock/current-time/>.

[14] Im Mai 1946 berichtete die *New York Times*, dass Albert Einstein einen Telegramm-Appell an mehrere hundert prominente Amerikaner geschickt hatte.... Einstein schrieb in seinem Telegramm: "Die entfesselte Kraft des Atoms hat alles verändert, außer unserer Denkweise, und so treiben wir auf eine beispiellose Katastrophe zu." Robert R. Holt, "Meeting Einstein's challenge: New thinking about nuclear weapons", *Bulletin of the Atomic Scientists*, 3. April 2015, <https://thebulletin.org/2015/04/meeting-einsteins-challenge-new-thinking-about-nuclear-weapons/#:~:text=Einstein%20schrieb%20in%20seinem%20Telegramm,so%20driften%20wir%20auf%20eine%20unparallele%20Katastrophe zu.%E2%80%9D&text=Einstein%20hat%20das%20zu%20erschaffen%20einer%20Weltregierung>

Dies lässt eine leichtfertige und desinteressierte Denkweise gegenüber der Realität von Atomwaffen durchblicken."

[15] "NATO Holds Secret Nuclear War Exercises in Germany, Ignores Turkey," Oct. 15, 2020, <https://see.news/nato-secret-nuclear-war-exercises-germany-ignores-turkey/>; "Stop 'Steadfast Noon' Nuclear War Exercise Now!" 14. Oktober 2020; 2019, "Geheime Atomwaffenübung 'Steadfast Noon'", <https://www.bundeswehr-journal.de/2019/geheime-atomwaffenuebung-steadfast-noon/>; 2017, "NATO-Atomwaffenübung ungewöhnlich offen", <https://www.bundeswehr-journal.de/2019/geheime-atomwaffenuebung-steadfast-noon/>; 2015, "NATO-Atomwaffenübung Steadfast Noon in Büchel", <https://augengeradeaus.net/tag/steadfast-noon/>; Hans M. Kristensen & Matt Korda, *Bulletin of the*

Atomic Scientists, Nuclear Notebook, online veröffentlicht: 13. Jan. 2020, S. 46-60, <https://doi.org/10.1080/00963402.2019.1701286>; Hans M. Kristensen und Matt Korda, "Tactical Nuclear Weapons, 2019," Bulletin of the Atomic Scientists, Vol. 75, No. 5 (2017), S. 252-261.

[16]&[16b] Siehe Website des U.S. Air Force Nuclear College: <https://cs3.eis.af.mil/sites/OO-AQ-MC-95/default.aspx>.

[17] Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen verbietet Deutschland in Artikel 1, Kernwaffen von anderen Ländern zu erhalten, und Artikel 2 verbietet den Vereinigten Staaten, ihre Kernwaffen in anderen Ländern zu platzieren. Siehe: <http://www.un.org/disarmament/WMD/Nuclear/NPTtext.shtml>).

[18] "Das innerstaatliche Recht der USA hat das Völkerrecht ausdrücklich inkorporiert, und zwar durch Artikel 6 der US-Verfassung (d.h. die sogenannte Supremacy Clause) in Bezug auf Verträge sowie durch die berühmte Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA in Paquete Habana, 175 U.S. 677 (1900), in Bezug auf das Völkergewohnheitsrecht." Francis Boyle, *Defending Civil Resistance Under International Law* (Transnational Publishers, 1988), S. 31. "Die Paquete Habana, 175 US 677, 700 (1900) ... wurde kürzlich in Hamdan v. Rumsfeld, 548 US 557 (2006) bekräftigt." Boyle, *World Politics, Human Rights and International Law* (Lexington Press: 2021).

[19] Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es in Artikel 31: "Das Bundesrecht geht dem Landesrecht vor"; Artikel 25 [Vorrang des Völkerrechts]: "Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor und begründen unmittelbar Rechte und Pflichten für die Bewohner des Bundesgebietes." Artikel 34 [Haftung für Amtspflichtverletzungen]: "Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes seine Amtspflicht gegenüber einem Dritten, so haftet in erster Linie der Staat oder die Körperschaft des öffentlichen Rechts, bei der er beschäftigt ist. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff auf den einzelnen Amtsträger vorbehalten. Der ordentliche Rechtsweg ist für Schadensersatz- und Entschädigungsansprüche nicht ausgeschlossen."

[20] Daniel Ellsberg, *The Doomsday Machine: Confessions of a Nuclear War Planner* (Bloomsbury 2017), S. 137.

[21] Ellsberg, *Die Weltuntergangsmaschine*, S. 3.

[22] Daniel Ellsberg, *The Doomsday Machine (Die Weltuntergangsmaschine)*, S. 101.

[23] Daniel Ellsberg, in *Things That Can and Cannot Be Said*, von Arundhati Roy und John Cusack (Haymarket Books 2016), S. 108.

[24] Ellsberg, *The Doomsday Machine: Confessions of a Nuclear War Planner*, S. 99.

[25] Ellsberg, *Die Weltuntergangsmaschine*, S. 137.

[26] Helmut Schmidt, *Defense or Retaliation?* (Praeger, 1962), S. 101.

[27] Paul Nitze, "A Threat Mostly to Ourselves", *New York Times*, 28. Oktober 1999.

[28] Robert McNamara, "The Military Role of Nuclear Weapons: Perceptions and Misperceptions," *Foreign Affairs*, 1. September 1983, fn 1; <https://www.foreignaffairs.com/articles/1983-09-01/military-role-nuclear-weapons-perceptions-and-misperceptions>.

[29] Justice J. Spaeth, concurring, Superior Court of Pennsylvania, *Com. of Penn. v. Berrigan, et al*, 472 A.2d 1099,1114-5 (Penn. 1984), No. 1959 Phila. 1981; Berufung gegen das Urteil des Court of Common Pleas of Montgomery County Criminal, No.2647-80, En Banc, S. 900\83 - 5.

[30] Vereinigte Staaten gegen LaForge und Katt, U.S. Federal District Court, District of Minnesota, Fourth Division, cr. 4-84-66, Urteilsverkündung, 8. November 1984.

[31] Frankfurter Allgemeine, "Schulz fordert den Abzug der amerikanischen Atomwaffen", 23. August 2017; <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/martin-schulz-fordert-us-atomwaffen-abzug-aus-deutschland-15164011.html>.

[32] Frankfurter Allgemeine, 30. August 2017; <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/siegmar-gabriel-unterstuetzt-schulz-vorstoss-fuer-abruestung-15174786.html>; die International Business Times und die Financial Tribune online meldeten am 31. August: "Deutsche Spitzenpolitiker wollen US-Atomwaffen raus" und bemerkten: "Deutschlands Spitzendiplomat hat sich hinter den Vorschlag des SPD-Vorsitzenden und Kanzlerhoffnung Martin Schulz gestellt, der versprochen hat, sein Land von US-Atomwaffen zu befreien."

[33] Rolf Mützenich, "Es ist an der Zeit, dass Deutschland den Einsatz in Zukunft ausschließt", *Tagesspiegel* am Sonntag, 3. Mai 2020; <https://www.politico.eu/article/german-social-democrats-tell-donald-trump-to-take-us-nukes-nuclear-weapons-home/>.

[34] "Ein Plädoyer für eine notwendige und ehrliche sicherheitspolitische Debatte", *IPG-Journal.de* [Zeitschrift für Internationale Politik und Gesellschaft], 7. Mai 2020; www.rolfmuetzenich.de/publikation/deutschland-nukleare-teilhabe.